

PRESSEDIENST

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 12. September 2019

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Wieland

Bauhaus reuse - ein Forum für Stadtentwicklung?

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Welche Rolle soll das Bauhaus reuse im Rahmen der Stadtentwicklung in der City West spielen?
2. Wie soll die Wissenschaftslandschaft, besonders der Campus Charlottenburg, hier eingebunden werden?
3. Was bedeutet Bauhaus reuse für die Gestaltung des gesamten Ernst-Reuter-Platzes?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy

Künstler-Kiosk unterstützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Initiative der Künstlerkolonie, den Kiosk am Barnay- Platz als Ort der Kunst zu nutzen und über das historische Ensemble der Künstlerkolonie zu informieren, zu unterstützen.

Der BVV ist bis zum 31. 12.2019 zu berichten.

Begründung

Der Kiosk wird seit 2 Jahren nicht mehr betrieben.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Wieland/Drews

Keine Brücke von der AVUS zur Messe

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass die neu geplante Anfahrt zur Messe sowie zum geplanten Wohngebiet am ehemaligen Güterbahnhof Grunewald nicht mit einem Brückenbauwerk realisiert wird, um eine Verlärmung der Umgebung zu verhindern.

Der BVV ist bis zum 31.12.2019 zu berichten.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy

Ludwig-Barnay-Platz besser pflegen und neu gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, eine Grundpflege im Ludwig-Barnay-Platz durchzuführen und krähensichere Papierkörbe aufzustellen. Außerdem sind die Bänke zu erneuern.

Des Weiteren wird das Bezirksamt gebeten, den Ludwig-Barnay-Platz in die Investitionsplanung des Bezirks aufzunehmen, um mittelfristig die Gartenanlage neu zu gestalten.

Ferner wird das Bezirksamt gebeten, der Künstlerkolonie einen Pflegevertrag und entsprechende Unterstützung für ehrenamtliches Engagement anzubieten.

Der BVV ist bis zum 28.2. 2020 zu berichten.

Begründung

Der Ludwig-Barnay-Platz wird von den Anwohnenden stark genutzt. Jedoch ist die Pflege nicht ausreichend gewesen, so dass der Park durch den Rückbau von Beeten sowie der Auswaschung und Überwucherung von Wegen nicht mehr attraktiv ist.

Mit Maßnahmen, die leicht umzusetzen sind, wie neuen Bänken und krähensicheren Papierkörben sollte der Bezirk beginnen, die Attraktivität wieder zu erhöhen. Mittelfristig sollte der Park in die Investitionsplanung aufgenommen werden, um die Wege und Beete zu sanieren.

Die Künstlerkolonie steht als Ansprechpartner bereit, um mit ehrenamtlichem Engagement den Bezirk zu unterstützen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

Sichtbehinderung am Südwest-Korso beenden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die Sichtbeziehungen für Autofahrende, die aus der Johannisberger Straße links abbiegen wollen zu verbessern, indem am Südwestkorso im Bereich der Kreuzung die Mittelinsel in Richtung Breitenbachplatz auf 30 Metern freigehalten wird.

Der BVV ist bis zum 28.2. 2020 zu berichten.

Begründung

Durch parkende Autos, oft Transporter oder Anhänger, ist die Sicht nach rechts versperrt, so dass Autofahrende die links abbiegen wollen, nicht sehen, ob ein Auto von rechts kommt.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

Querung des Südwestkorsos auf der Höhe Steinrückweg durch einen Zebrastreifen verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, ob auf dem Südwestkorso in Verlängerung des Steinrückwegs ein Zebrastreifen eingerichtet werden kann, damit gehbeeinträchtigte Anwohnende die Straße gefahrlos überqueren können.

Der BVV ist bis zum 28.2. 2020 zu berichten.

Begründung

Auch wenn es hier auf der West-Seite eine Gehwegvorstreckung gibt, ist es gerade für ältere Menschen schwer, hier ohne Angst den Südwestkorso zu überqueren. Auf der West-Seite sind jedoch die Nahversorgung sowie das Ärztehaus.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy

Parken am Südwestkorso neu ordnen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zusammen mit dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf ein Konzept für das Abstellen von Wohnwagen und Anhängern zu entwickeln.

Der BVV ist bis zum 28.2. 2020 zu berichten.

Begründung

Oft ist für Fußgänger*innen die Sicht auf den Verkehr durch Wohnwagen, Transporter und Anhänger verstellt. Die Anhänger sind teilweise zu breit und stehen in den Fahrradangebotsstreifen hinein.

Steglitz-Zehlendorf will den Parkplatz am Breitenbachplatz für größere Autos sperren, dann wird der Parkdruck noch größer.

Durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie „Parken nur für PKW“ oder andere Maßnahmen soll hier der Verkehr für Fußgänger*innen verbessert werden, da gerade auch in dieser Gegend viele ältere Menschen leben, die sich unter den gegebenen Umständen im Verkehr unsicher fühlen.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kempf/Wapler/Gusy/Kaas Elias

Platz an der Wundtstraße/Horstweg

Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass durch Sperrungen auf dem Horstweg der motorisierte Ost-West-Durchgangsverkehr an dem neu zu gestaltenden Platz verhindert wird. Fahrräder und Lastenräder sollen hier weiterfahren können.

Der BVV ist bis zum 31. 12. 2019 zu berichten.

Mittel für Fachkräfte zur psychiatrischen Versorgung von geflüchteten Menschen weiter sicherstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt aufgefordert, sich mit den Bezirken Berlins und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG) bei der Senatsverwaltung für Finanzen dafür einzusetzen, dass die bisherigen Mittel der Versorgungsstrukturen für geflüchtete Menschen weiterhin bereitgestellt werden. Ziel ist es, dem betroffenen Personenkreis den Zugang zur psychiatrischen und psychosozialen Regelversorgung zu ermöglichen und sicherzustellen.

Der BVV ist bis zum 30. November 2019 zu berichten.

Begründung

Es wurden zusätzlichen Mittel zur Verstärkung der Angebote für Menschen mit bestehenden Beeinträchtigungen und Traumatisierung oder anderen psychischen gesundheitlichen Folgen, bedingt durch Fluchtursachen wie Tod, Gewalt, Folter, Vergewaltigung, Verfolgung, Mangel an lebensnotwendiger Versorgung und ausreichender Gesundheitsversorgung usw., in den Haushalt gestellt.

Trotz gesunkener Zahlen von Geflüchteten bestehen die Bedarfe der geflüchteten Menschen in erhöhtem Maße fort. Die Behandlung von Traumatisierung durch Krieg und Gewalt, durch Erfahrungen wie der Verlust von Kindern, Eltern, Ehepartnern, Familienmitglieder, der materiellen Existenz, des kulturell gewachsenen Umfeldes und damit verbundene Sicherheit und Orientierung unterliegen keinen kurzfristigen, sondern mittelfristigen bzw. eher langfristigen Behandlungserfolgen.

Die aufsuchende Arbeit der Fachkräfte stellt hier eine Brücke zwischen den Bedarfen, Leiden und Beeinträchtigungen der betroffenen geflüchteten Menschen und der bestehenden Regelversorgung dar, die dem erhöhten Hilfebedarf durch bestehenden Sprachbarrieren und abweichendem, kulturell bedingtem Umgang mit psychischen Beeinträchtigungen usw. kaum gerecht werden kann.

Die Heranführung und Einbindung der betroffenen Menschen mit Hilfe zusätzlichen Fachkräften in das psychiatrische Pflichtversorgungssystem bzw. in die Regelversorgung einzubinden ist schwierig genug. Durch die Einstellung und Kürzung dieser Arbeit wird sie erschwert, behindert und unmöglich gemacht.

Die psychisch beeinträchtigten geflüchteten Menschen werden sich selbst überlassen, ihre Isolation verschärft und Folgen psychiatrischer Erkrankungen verstärkt. Das ist keinesfalls im Interesse des Gemeinwohls. Die aufsuchende Arbeit ist erfolgreich, und ihre Nachhaltigkeit muss gesichert werden.